

Kriterienliste zur Prüfung und Standardisierung von Berichten der Arbeitsgremien

1	Allgemeine Angaben zum Bericht
1.1	Arbeitsgremium: Bund/Länder-Arbeitsgemeinschaft für Immissionsschutz Ansprechperson/Tel.-Nr.: LAI-Geschäftsstelle Johannes Lobinger / 0331 866-7924 E-Mail: LAI@MLUL.Brandenburg.de
1.2	Bezeichnung des Berichts: Fachmodul Immissionsschutz
1.3	Die Thematik des Berichts ist ☒ neu ☐ wegen sachlicher Änderungen neu erfasst
1.4	Kurze Zusammenfassung der Kernaussagen des Berichts Das Modul enthält Festlegungen für Prüfstellen, die Ermittlungen im Immissionsschutz in den Bereichen „Ermittlungen von luftverunreinigenden Stoffen“, „Ermittlungen von Geräuschen und Erschütterungen und „Überprüfung instationärer Messeinrichtungen“ durchführen. Außerdem werden die Anforderungen an die Fachbegutachter, die die Kompetenznachweise prüfen und bewerten, festgelegt. Die Anforderungen betreffen das Personal, die Kenntnisse und den Betrieb von Mess- und Prüfverfahren, die gerätetechnische Ausstattung, praktische Erfahrungen, Anlagenkenntnisse und Kenntnisse immissionsschutzrechtlicher Regelungen.
2	Notwendigkeit des Berichts
2.1	Warum wurde der Bericht erstellt / (Ziel): Das Bundes-Immissionsschutzgesetz (BImSchG) und darauf gestützte Vorschriften (Rechts-verordnungen, TA Luft) fordern, dass bestimmte Ermittlungen und Prüfungen nur durch Stellen durchgeführt werden dürfen, die nach § 29b BImSchG in Verbindung mit der 41. BImSchV oder entsprechenden Vorschriften von den zuständigen Behörden bekannt gegeben worden sind. Vor einer Bekanntgabe müssen derartige Prüfstellen ihre Kompetenz nachgewiesen haben. Das Fachmodul Immissionsschutz beschreibt diese Kompetenzen.
2.2	Auswirkungen und Relevanz für die Länder und den Bund: -
2.3	Ergebnis bzw. Beschlussvorschlag: Die Umweltministerkonferenz nimmt das Fachmodul „Immissionsschutz“ (Fassung vom 30.01.2018) zur Kenntnis.

3	Analyse von Konfliktpotenzial	
	Durch den Beschluss betroffene Gruppen und Auswirkungen	
	(bitte betroffene Gruppe angeben)	(Bitte Gruppierungen bzw. Bereiche angeben, bei denen der Beschluss Restriktionen zur Folge hat)
	Bund	Keine
	Länder	Keine
	Unternehmen (einschl. Landwirtschaft)	Keine
	Bürgerinnen und Bürger	Keine
	Sonstige	Keine

4	Kostenfolgenabschätzung						
4.1	Welche Kosten werden bei Beschluss der Ergebnisse verursacht? (Bitte einmalige Kosten mit Zusatz A, wiederkehrende Kosten mit Zusatz B angegeben)						
	(bitte betroffene Gruppe angeben)	Personal-kosten	A	B	Sachkosten (incl. Verfahrens-kosten)	A	B
	Bund	Keine			Keine		
	Länder	Keine			Keine		
	Unternehmen (einschl. Landwirtschaft)	Keine			Keine		
	Bürgerinnen und Bürger	Keine			Keine		
	sonstige	Keine			Keine		
Falls die Kosten nicht angegeben werden können, bitte erläutern: -							
4.2	Wurde eine Kosten-/Nutzenanalyse angestellt und Einsparungsmöglichkeiten geprüft? (bitte Ergebnis darstellen)						
	Nicht erforderlich						

5	Alternativen	
5.1	Welche Auswirkungen hätte ein Verzicht des vorgeschlagenen Beschlusses: Ein Verzicht würde den Vollzug des §29b BImSchG in Verbindung mit der 41. BIm-SchV behindern bzw. dazu führen, dass von den zuständigen Behörden uneinheitliche Anforderungen gestellt werden.	
5.2	Welche Alternativen bestehen und/oder wurden geprüft: Keine	